



© Brent Stirton/Getty Images für FAO, CIRAD, CIFOR, WCS

Politikempfehlungen

POLITIKEMPFEHLUNGEN DES CFS ZUR VERRINGERUNG VON UNGLEICHHEITEN FÜR ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND ERNÄHRUNGSQUALITÄT

52. Sitzung

50 Jahre CFS: „Gemeinsam handeln für eine Welt ohne Hunger und Fehlernährung“ – 21. bis 25. Oktober 2024 in Rom, Italien



mit einem Fokus auf:



Trägt zu den SDG 4, 5, 8, 12, 13 & 17 bei

HINTERGRUND UND BEWEGGRÜNDE

(i) Zunehmende Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten stellen eine große Herausforderung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung¹ und die Verwirklichung der Menschenrechte dar.

(ii) Ungleichheiten in Ernährungssystemen und in den damit verbundenen Systemen wirken sich nachweislich negativ auf Ernährungssicherheit und Ernährungsqualität aus. Die

Konzentration von Marktmacht in Produktion, Handel, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln, ebenso wie die ungleiche Verteilung landwirtschaftlicher Produktionsmittel sowie der ungleiche Zugang zu natürlichen Ressourcen, Nutzungs- und Besitzrechte und Finanzmitteln, können bestehende Ungleichheiten zwischen verschiedenen Akteur*innen innerhalb der Landwirtschaft und der Ernährungssysteme verfestigen und verschärfen.

(iii) Ungleichheiten im Bereich Ernährungssicherheit und

-qualität beeinträchtigen die Lebenschancen und die Lebensqualität von Menschen, mindern die Produktivität, verfestigen Armut, hemmen das Wirtschaftswachstum und fördern geschlechtsspezifische Gewalt. Sie führen häufig zu einer systematischen Benachteiligung und Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, darunter Frauen, kleinbäuerliche² Familienbetriebe, Landwirt*innen, Landlose, Landarbeiter*innen, Obdachlose, informell Beschäftigte, Migrant*innen, Binnenvertriebene, Geflüchtete, indigene Völker, lokale

- 1 **Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development**, A/RES/70/1, Abs. 14.
- 2 In diesen Politikempfehlungen umfasst der Begriff „Kleinbäuer*innen“ Kleinproduzent*innen und -verarbeiter*innen, Viehzüchter*innen, Handwerker*innen, Fischer*innen, von Wäldern stark abhängige Gemeinschaften, indigene Völker und Landarbeiter*innen.



© FAO/Nazim Kalandarov

POLITIKEMPFEHLUNGEN DES CFS ZUR VERRINGERUNG VON UNGLEICHHEITEN

Gemeinschaften, ethnische Minderheiten, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit chronischen Krankheiten, ältere Menschen, Jugendliche, Jungen und Mädchen. Bildungsstand, sozioökonomischer Status oder geografische Lage können bestehende Ungleichheiten in Bezug auf Ernährungssicherheit und -qualität zusätzlich verstärken. Oft wirken mehrere Dimensionen von Ungleichheit gleichzeitig und verstärken Ausgrenzung und Diskriminierung wechselseitig.

(iv) Dieser Teufelskreis der Ungleichheit setzt sich immer weiter fort, da Ernährungsunsicherheit und Fehlernährung bestehende Ungleichheiten weiter vertiefen, die Verwirklichung anderer Rechte behindern, wie etwa das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit sowie das Recht auf Bildung, und die Chancen der Ärmsten und Schwächsten sowie derjenigen, die am stärksten von Ausgrenzung bedroht sind, weiter verringern. Dies verschärft Prozesse der Marginalisierung und untergräbt die Bemühungen zur Verwirklichung des Agenda 2030-Leitprinzips, niemanden zurückzulassen (leave no one behind).³ Faktoren wie Naturkatastrophen, Schocks, Pandemien,

Klimawandel, Konflikte, Krisen⁴, Besatzung sowie das Aushungern von Zivilist*innen als Methode der Kriegsführung in verschiedenen Teilen der Welt verstärken diese Dynamiken zusätzlich und setzen insbesondere bereits benachteiligten Gruppen erhöhten Risiken und Bedrohungen aus.

(v) Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern sowie unter den Ärmsten und Schwächsten können das Wachstum bremsen und zu politischer Instabilität, Zwangsvertreibung und Migration führen – mit negativen Folgen für die Ernährungssicherheit und -qualität sowie die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung in Ländern mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen sowie in humanitären Notlagen, Konflikten, einschließlich bewaffneter Konflikte, und Naturkatastrophen.

(vi) Frauen und Mädchen sind in allen Regionen der Welt überproportional von Ernährungsunsicherheit betroffen, was bestehende Geschlechterungleichheiten weiter vertieft. Der Schutz, die Förderung und die Verwirklichung der Rechte von Frauen und Mädchen – bei gleichzeitiger Verringerung geschlechtsspezifischer

Ungleichheiten – sind daher von zentraler Bedeutung für die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung.

(vii) Im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die „eine gerechte, faire, tolerante, offene und sozial inklusive Welt, in der für die Bedürfnisse der Schwächsten gesorgt wird“ fordert, und zur Umsetzung der Vision des CFS, wurden die folgenden Politikempfehlungen als ein zielgerichtetes und handlungsorientiertes Dokument entwickelt. Sie bieten Leitlinien für die Ausarbeitung und Stärkung politischer Maßnahmen, die explizit auf die Verringerung von Ungleichheiten sowie die Bekämpfung ihrer unmittelbaren und strukturellen Ursachen abzielen. Damit soll ein Beitrag zur Verwirklichung von Ernährungssicherheit und -qualität für alle geleistet und gleichzeitig die Transformation von Landwirtschaft und Ernährungssystemen vorangetrieben werden – ohne jemanden zurückzulassen.

(viii) Bei der Verfolgung dieses Ziels sollten Staaten die Notwendigkeit anerkennen, Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen und unmittelbaren

■ 3 **Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development**, A/RES/70/1, vor allem Abs. 3, 4 und 8
■ 4 **CFS Framework for Action for Food Security and Nutrition in Protracted Crises**





© FAO/Luis Tato

Ursachen von Ungleichheiten im Bereich der Ernährungssicherheit und -qualität zu ergreifen. Solche Maßnahmen sollten auf einem nichtdiskriminierenden, transparenten, ethischen und inklusiven Ansatz beruhen, der im Einklang mit den Menschenrechten steht und die jeweiligen nationalen, subnationalen und lokalen Kontexte berücksichtigt.

(ix) Diese Politikempfehlungen richten sich in erster Linie an Regierungen (zuständige Ministerien, nationale, regionale und lokale Behörden und Institutionen) sowie an andere relevante Beteiligte wie internationale Organisationen, internationale Finanzinstitutionen, Universitäten und akademische Einrichtungen, den Privatsektor (einschließlich Kleinstunternehmen sowie kleine, mittlere und größere Unternehmen), gemeinnützige Einrichtungen, die Zivilgesellschaft, indigene Völker und lokale Gemeinschaften. Zwar tragen alle Beteiligten gemeinsam die Verantwortung, sich für den Abbau von Ungleichheiten in der Landwirtschaft und Ernährungssystemen einzusetzen und zusammenzuarbeiten, doch sollten ihre unterschiedlichen Rollen, Rechte und spezifischen Zuständigkeiten anerkannt werden.

(x) Diese Politikempfehlungen sind freiwillig und unverbindlich und begründen keine Rechte oder Pflichten nach nationalem oder internationalem Recht. Sie dürfen nicht so ausgelegt werden, dass bestehende rechtliche Verpflichtungen oder Zusagen der Staaten nach internationalem Recht – einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) sowie anderer internationaler Menschenrechtsinstrumente – eingeschränkt oder untergraben werden⁵. Die Politikempfehlungen sind im Einklang mit den jeweiligen nationalen Rechtssystemen und Institutionen auszulegen und anzuwenden, wobei den Bevölkerungsgruppen Vorrang einzuräumen ist, die am stärksten von Hunger und Fehlernährung betroffen sind. Ihre Umsetzung sollte unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten, Kapazitäten und Entwicklungsstufen sowie unter Achtung der jeweiligen politischen Ziele und Prioritäten der Staaten auf nationaler, regionaler und globaler Ebene erfolgen. Die Empfehlungen bauen auf den einschlägigen bestehenden politischen Instrumenten des CFS auf und ergänzen diese.

Sie stützen sich auf den Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe für Ernährungssicherheit und -qualität (HLPE High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition) des CFS zum Thema „Verinderung von Ungleichheiten für Ernährungssicherheit und -qualität“.

■ 5 Einschließlich der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) und der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, soweit diese Instrumente relevant und anwendbar sind und soweit sie von den jeweiligen Mitgliedstaaten vereinbart, anerkannt und/oder unterstützt wurden.



© FAO/Luis Tato

POLITIKEMPFEHLUNGEN DES CFS ZUR VERRINGERUNG VON UNGLEICHHEITEN

A BESEITIGUNG VON UNGLEICHHEITEN INNERHALB DER ERNÄHRUNGSSYSTEME

Zugang zu natürlichen Ressourcen⁶ und Märkten

Regierungen sollten:

1. legitime und gerechte Nutzungs- und Besitzrechte anerkennen, fördern, achten und schützen. Dies sollte im Einklang mit den Freiwilligen Leitlinien des CFS für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Nutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Kontext der nationalen Ernährungssicherheit (CFS-VGGT) und anderen relevanten Rahmenwerken erfolgen. Gegebenenfalls sollten ergänzend Umverteilungsmaßnahmen umgesetzt werden; (*Nutzungs- und Besitzrechte*)

2. Nutzungs- und Besitzrechte von Frauen anerkennen und achten, ihren Zugang zu und ihre Kontrolle über Land und Ressourcen sicherstellen sowie ihre Eigentums- und Besitzrechte sowie deren Nutzung

und Übertragung stärken. Dies umfasst auch Nutzungsrechte, die sich aus Erbschaft, Änderungen des Familienstands oder Scheidungen ergeben, unabhängig von ihrem zivilrechtlichen Status. Die Umsetzung sollte im Einklang mit den jeweiligen nationalen Rechtsrahmen und politischen Prioritäten erfolgen^{7,8}; (*Nutzungs- und Besitzrechte von Frauen*)

3. Strategien, Programme und Gesetze entwickeln, stärken und umsetzen, die einen gerechten und nachhaltigen Zugang zu Land, Fischgründen, Wäldern, Wasser und anderen für die Nahrungsmittelproduktion relevanten Ressourcen für alle fördern, achten, schützen und verbessern. Dabei sollte der Schwerpunkt insbesondere auf den Bedürfnissen der ärmsten und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen im nationalen Kontext liegen. Gleichzeitig sollten Mechanismen zur Überwachung und Verhinderung von Eigentumskonzentration etabliert und Maßnahmen zur Verringerung von Marginalisierung umgesetzt werden; (*Zugang zu Ressourcen*)

4. Strategien, Gesetze und Vorschriften ausarbeiten und stärken,

die einen gerechten Zugang zu internationalen, regionalen, nationalen und lokalen Märkten für Betriebsmittel, Waren und Dienstleistungen, einschließlich digitaler und finanzieller Dienste, gewährleisten und ein sicheres wirtschaftliches Umfeld für Menschen schaffen, die beim Marktzugang auf Hindernisse stoßen. Gleichzeitig sollten Maßnahmen zur Überwachung und Reduzierung der Konzentration von Ressourcen implementiert werden; (*Zugang zu Märkten*)

5. inklusive öffentliche Beschaffungsprogramme, Sicherheitsnetze für die Ernährungssicherheit sowie Schulverpflegungsprogramme fördern, die eine gesunde Ernährung durch nachhaltige Ernährungssysteme und eine gerechte und inklusive Beschaffung von Lebensmitteln begünstigen. Dabei sollte der Fokus auf klimaresilienten und nachhaltigen Lebensmitteln – einschließlich solcher aus agrarökologischen und anderen innovativen Ansätzen – sowie auf lokal erzeugten Lebensmitteln liegen. Gleichzeitig sollten Maßnahmen ergriffen werden, die Landwirt*innen, kleinbäuerlichen Familienbetrieben⁸, Frauen, Jugendlichen, indigenen Völkern

- 6 Die Freiwilligen Leitlinien des CFS für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern (VGGT) können als übergeordnetes Rahmenwerk für diesen Unterabschnitt herangezogen werden.
- 7 **UN Women and OHCHR, Realizing Women's Rights to Land and Other Productive Resources** (Second edition, 2020).
- 8 In diesen Politikempfehlungen umfasst der Begriff „Kleinbäuer*innen“ Kleinproduzent*innen und -verarbeiter*innen, Viehzüchter*innen, Handwerker*innen, Fischer*innen, von Wäldern stark abhängige Gemeinschaften, indigene Völker, lokale Gemeinschaften und Landarbeiter*innen.





und lokalen Gemeinschaften Vorrang einräumen; (*öffentliche Beschaffung*)

6. einseitige Maßnahmen verhindern und unterlassen, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen stehen, die vollständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bevölkerung der betroffenen Länder behindern und die schrittweise Verwirklichung ihres Rechts auf angemessene Nahrung erschweren. (*einseitige Maßnahmen*)

Regierungen und alle relevanten Beteiligten sollten:

7. die Möglichkeiten von Landwirt*innen, Kleinbäuer*innen und Familienbetrieben – insbesondere von Frauen, Jugendlichen, indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften – verbessern, Zugang zu internationalen, regionalen, nationalen und lokalen Märkten zu erhalten, etwa durch die Stärkung von Genossenschaften, Bäuer*innenkollektiven, Verbänden, Gewerkschaften, Netzwerken und anderen Organisationen. Gleichzeitig sollten Maßnahmen zur Förderung von Unternehmen und Unternehmertum und zur Stärkung der Verhandlungsmacht dieser Akteure umgesetzt werden, damit sie wirksam an den

landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten und Ernährungssystemen, einschließlich territorialer Märkte, teilhaben können. (*inklusive Marktteilnahme*)

Institutionen, Zusammenarbeit und Partnerschaften

Regierungen und alle relevanten Beteiligten sollten:

8. die Teilnahme und Vertretung von Menschen erleichtern, die von Ungleichheit betroffen sind, insbesondere der Ärmsten und Schwächsten. Dies kann direkt oder über formelle und informelle Organisationen erfolgen. Gleichzeitig sollten inklusive, zugängliche, transparente und rechenschaftspflichtige Institutionen, Mechanismen und Partnerschaften aufgebaut werden, um die Fähigkeit der Betroffenen zu stärken, eigene Entscheidungen zu treffen, kollektive Maßnahmen zu ergreifen und sich wirksam an relevanten Verhandlungen und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Umsetzung sollte den nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen und darauf abzielen, Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Gemeinschaften und andere Interessengruppen zu befähigen, aktiv an der Gestaltung von Politik im Bereich Landwirtschaft und

Ernährungssysteme mitzuwirken; (*Teilnahme und Vertretung*)

9. lokale, nationale, regionale und internationale Strategien, Richtlinien und Programme im Bereich Ernährungssicherheit und -qualität fördern, stärken und umsetzen, die die Sozial- und Solidarwirtschaft (SSE)⁹ und deren Finanzierung fördern und stärken. Dabei sollte die Rolle der SSE bei der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze für alle, insbesondere für die ärmsten und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen – sowie ihre Bedeutung für die Verringerung von Ungleichheiten und die Beseitigung von Armut anerkannt und gestärkt werden; (*Sozial- und Solidarwirtschaft*)

10. Nord-Süd-, Süd-Süd- und Dreieckskooperationen fördern, unterstützen und finanzieren, um einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich des Rechts auf angemessene Nahrung, zu erreichen. Gleichzeitig sollten diese Kooperationen darauf abzielen, die Produktivität der ärmsten und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu steigern, ihren Zugang zu Finanzmitteln, Informationen und natürlichen Ressourcen zu verbessern und ihre Fähigkeit zu stärken, an allen

■ 9 Definition der Sozial- und Solidarwirtschaft (SSE) verfügbar unter: **Resolution II, International Labour Conference – 110th Session**, 2022. Weitere Informationen finden Sie hier: **UNGA 77/281**.



relevanten Märkten teilzunehmen; (*Entwicklungszusammenarbeit*)

Regierungen und internationale Organisationen¹⁰ sollten:

11. die globale Governance der Landwirtschaft und der Ernährungssysteme verbessern und stärken. Dabei sollte die Inklusion, die sinnvolle Beteiligung und Vertretung von Frauen sowie der ärmsten, schwächsten und am stärksten benachteiligten Menschen – einschließlich Personen aus Entwicklungsländern, am wenigsten entwickelten Ländern, kleinen Inselentwicklungsländern und Binnenentwicklungsländern – in Entscheidungsprozessen gefördert werden, um bestehende Ungleichheiten und Marginalisierung zu verringern; (*Governance der Landwirtschaft und der Ernährungssysteme*)

Investitionen in Ernährungssysteme zur Verringerung von Ungleichheiten

Regierungen und alle relevanten Beteiligten sollten:

12. verstärkt verantwortungsbewusste Investitionen in inklusive lokale, nationale, regionale und internationale landwirtschaftliche und Lebensmittelwertschöpfungsketten tätigen,

einschließlich Lebensmittelverarbeitung und -vertrieb. Ziel ist es, bestehende Ungleichheiten zu verringern und nachhaltige sowie widerstandsfähige landwirtschaftliche und Lebensmittelwertschöpfungsketten zu fördern, insbesondere in Regionen, in denen mehrdimensionale Armut vorherrscht. Dabei sollten die Arbeitsrechte geachtet, gefördert, überwacht und verwirklicht sowie Maßnahmen zur Minderung des Risikos sexueller Ausbeutung, Missbrauchs und Belästigung umgesetzt werden; (*inklusive landwirtschaftliche und Lebensmittelwertschöpfungsketten*)

13. verantwortungsvolle Investitionen in Infrastruktur, Logistik, Dienstleistungen, Technologien und Lieferketten ausweiten, insbesondere in Gebieten, in denen mehrdimensionale Armut vorherrscht. Diese Investitionen sollten im Einklang mit den nationalen Prioritäten erfolgen, unter Anwendung territorialer Ansätze und unter gleichzeitiger Stärkung lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Handels- und Marktbindungen; (*bessere Anbindung*)

14. in die Ausweitung menschenwürdiger Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten sowohl innerhalb als auch

außerhalb der Landwirtschaft investieren, insbesondere für Frauen und Jugendliche. Dies sollte unter anderem durch Investitionen in Unternehmen, Unternehmertum, kleinbäuerliche Betriebe und landwirtschaftliche Familienbetriebe erfolgen, um sicherzustellen, dass gerechte, menschenwürdige und inklusive Einkommensmöglichkeiten bestehen, auch jenseits des landwirtschaftlichen Sektors; (*Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft und darüber hinaus*)

15. Möglichkeiten für Kleinbauer*innen, bäuerliche Familienbetriebe sowie die Ärmsten und Schwächsten schaffen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, um ihre Finanzkompetenz zu stärken und ihren Zugang zu Finanzmitteln zu verbessern. Dies sollte unter anderem durch erschwingliche Kredite, Sparmöglichkeiten, Versicherungen sowie Finanzierungen für Klimaschutz, Anpassung und Resilienz erfolgen. Gleichzeitig sollte die Notwendigkeit eines verbesserten Zugangs zu Finanzmitteln für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU), einschließlich von Frauen geführter Unternehmen, anerkannt werden. Dabei ist den bestehenden Einschränkungen für Frauen sowie der Bedeutung fairer

■ 10 Im Sinne dieser Politikempfehlungen beziehen sich internationale Organisationen unter anderem auf die in Rom ansässigen UN-Organisationen (FAO, IFAD und WFP), andere internationale und regionale zwischenstaatliche Organisationen mit einem Mandat im Bereich Ernährungssicherheit und -qualität sowie internationale Finanzinstitutionen.





© FAO/Alessia Pierdomenico

POLITIKEMPFEHLUNGEN DES CFS ZUR VERRINGERUNG VON UNGLEICHHEITEN



Zinssätze und längerer Rückzahlungsfristen besondere Aufmerksamkeit zu widmen; (*Zugang zu Finanzmitteln*)

16. in inklusive, zugängliche und transparente Informationssysteme investieren, die den Bedürfnissen der ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen gerecht werden. Gleichzeitig in digitale Kompetenzen im Bereich der Landwirtschaft und Ernährungssysteme investieren, um Innovationen der digitalen Technologien – wie Marktpreis-Informationsdienste, Wettervorhersagen, Klimadienste oder videobasierte Beratung – nutzbar zu machen. Ziel ist es, fundierte Entscheidungen zu ermöglichen, bestehende Ungleichheiten im Informationszugang abzubauen sowie Datenschutz und das Eigentum an Daten zu sichern, während die positiven Effekte neuer Technologien für Landwirtschaft und Ernährungssysteme berücksichtigt werden; (*Zugang zu Informationen*)

17. die Entwicklung, Verbreitung und Anwendung nachhaltiger Innovationen fördern, die zum Verständnis und zur Überwindung von Ungleichheiten im Bereich Ernährungssicherheit und -qualität beitragen können.

Dies umfasst etwa Innovationen in der Produktion, Verarbeitung, Sicherheit und Verteilung von Lebensmitteln sowie den Echtzeit-Zugang zu Informationen und Modellierungs- und Vorphersagesystemen. Ziel ist es, durch nachhaltige und gerechte Ernährungssysteme eine gesunde Ernährung zu fördern und bestehende Ungleichheiten in Bezug auf Ernährungssicherheit und -qualität durch Engagement sowie freiwillige, einvernehmliche Mechanismen – wie Technologietransfer, Absichtserklärungen und öffentlich-private Partnerschaften – abzubauen; (*Innovationen im Bereich Ernährungssicherheit und -qualität*)

18. verstärkt und verantwortungsbewusst in agrarökologische und andere innovative Ansätze investieren. Dabei ist die Bedeutung der kooperativen Schaffung von Wissen zu berücksichtigen, das zum Übergang zu einer inklusiveren, widerstandsfähigeren und nachhaltigeren Landwirtschaft und Ernährungssystemen beiträgt. Gleichzeitig ist deren Rolle bei der Erleichterung eines gerechten Zugangs zu gesunder Ernährung anzuerkennen; (*agrarökologische und andere innovative Ansätze*)

19. verstärkt und verantwortungsbewusst in inklusive Forschung, Innovation, landwirtschaftliche Beratungsdienste, technische Hilfe und Programme zum Aufbau von Resilienz investieren, um sicherzustellen, dass diese auch den Bedürfnissen der ärmsten, schwächsten und am stärksten benachteiligten Menschen gerecht werden, mit dem Ziel, Ungleichheiten und Marginalisierung zu verringern. Dabei sollten sie mit Universitäten, Forschungseinrichtungen, dem Privatsektor und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, insbesondere aus Entwicklungsländern. Gleichzeitig sollten sie den Technologietransfer auf freiwilliger und einvernehmlicher Basis auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene fördern, wobei die Menschenrechte zu achten und das Wissen indigener Völker¹¹ sowie traditionelles und lokales Wissen zu schützen sind. (*inklusive Forschung und Beratung*)

20. verstärkt und verantwortungsbewusst in Berufsbildungsprogramme, Kompetenzentwicklung, Lehre, Jobvermittlung, Mentoring, Coaching für Unternehmer*innen, Wirtschaftspädagogik, Gründungszentren

■ 11 gemäß UNDRIP, falls relevant und anwendbar und soweit von den jeweiligen Mitgliedstaaten vereinbart, anerkannt und/oder unterstützt



© FAO/Lekha Edirisinghe

und Managementberatungsprogramme investieren. Gleichzeitig gilt es, die Verbindungen zwischen Märkten und benachteiligten Gruppen, insbesondere Frauen, Jugendlichen, indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften zu stärken; (*wirtschaftliche Bildung für Beschäftigungsmöglichkeiten*)

Ernährungsumgebungen einschließlich Verarbeitung und Einzelhandel

Regierungen sollten:

21. die proaktive Planung von Ernährungsumgebungen fördern, auch in Gebieten mit schnellem Bevölkerungswachstum und Urbanisierung. Damit soll sicher gestellt werden, dass alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere diejenigen, die am stärksten von Ernährungsunsicherheit und Fehlernährung bedroht sind, wie etwa Kinder, einen gerechten Zugang zu angemessenen, kulturell geeigneten, ausreichenden, erschwinglichen, sicheren und nahrhaften Lebensmitteln für eine gesunde Ernährung haben. Dies kann fiskalische Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Ernährung umfassen, wobei gleichzeitig Machtungleichgewichte und Ungleichheiten zwischen verschiedenen Akteuren innerhalb der Landwirtschaft und

Ernährungssysteme angegangen werden sollten; (*gesunde Ernährungsumgebungen*)

22. entsprechend den nationalen Gegebenheiten Strategien, Leitlinien und Instrumente zur Nährwertkennzeichnung fördern und geeignete evidenzbasierte und wissenschaftlich fundierte Maßnahmen unterstützen, etwa die Verwendung verschiedener FOPL-Systeme (Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite verpackter Lebensmittel). Solche Kennzeichnungen können auch über die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtangaben hinausgehen. Bei der Umsetzung sollten die Standards, Leitlinien und Empfehlungen der Codex-Alimentarius-Kommission sowie andere relevante internationale und nationale Vorgaben berücksichtigt werden, ebenso wie Aspekte des Marketings. Ziel ist es, Verbraucher*innen dabei zu unterstützen, informierte und gesunde Entscheidungen zu treffen – mit besonderem Augenmerk auf die Auswirkungen auf Kinder;¹² (*Kennzeichnung auf der Vorderseite von Verpackungen*)

Regierungen und alle relevanten Beteiligten sollten:

23. die Rechte informeller Verkäufer*innen schützen und ihre Rolle bei der Gewährleistung der

Ernährungssicherheit und der Deckung des Nährstoffbedarfs der Bevölkerung anerkennen. Es sollten Planungs- und Politikinstrumente entwickelt werden, die informellen Verkäufer*innen ein förderliches und geschütztes Umfeld für den Verkauf gesunder, nahrhafter und sicherer Lebensmittel bieten. Gleichzeitig sollten die Regierungen ihnen Zugang zu sozialen und finanziellen Dienstleistungen ermöglichen, damit sie in der Lage sind, ein eigenes Geschäft zu eröffnen; (*informelle Verkäufer*innen*)

24. Maßnahmen und Strategien zur Beendigung von Kinderarbeit umsetzen, indem menschenwürdige Arbeit gefördert wird, die jungen Menschen im gesetzlichen Arbeitsalter und Erwachsenen ein angemessenes Einkommen sichert. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Beschäftigte in der informellen Wirtschaft gelegt werden. Zudem gilt es, Armut sowie die wirtschaftlichen und politischen Zwänge zu verringern, die Kinderarbeit begünstigen; (*Verhinderung von Kinderarbeit*)

25. den Zugang zu Wissen und Innovation entlang der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette für die ärmsten und am stärksten benachteiligten Gruppen verbessern. Dies umfasst

■ 12 **CFS Policy Recommendations on Price Volatility and Food Security.** (dt.: CFS-Empfehlungen zu Preisvolatilität und Ernährungssicherheit)





unter anderem Schulungen, Kapazitätsaufbau und den Zugang zu Dienstleistungen, die dazu beitragen, Lebensmittelverluste und -verschwendungen in allen Phasen der Wertschöpfungskette zu verringern; (*Lebensmittelverluste und -verschwendungen*)

26. Programme und Partnerschaften entwickeln und ausbauen, etwa unter staatlicher oder kommunaler Leitung, darunter Gemeinschaftsküchen und Schulverpflegungsprogramme. Ziel ist es, die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit zu fördern, Ungleichheiten und Marginalisierung zu verringern und den Zugang zu erschwinglichen, angemessenen, sicheren, ausreichenden und nahrhaften Lebensmitteln sowie zu einer gesunden Ernährung zu verbessern – insbesondere für die ärmsten, schwächsten und am stärksten benachteiligten Menschen. (*Zugang zu Nahrungsmitteln*)

B BESEITIGUNG VON UNGLEICHHEITEN IN ANGRENZENDEN SYSTEMEN

Zugang zu Dienstleistungen und Ressourcen, die sich auf die Ernährungssicherheit und -qualität auswirken

Regierungen sollten:

27. den universellen Zugang zu sowie Investitionen in Dienstleistungen – einschließlich humanitärer Hilfe – fördern, die für Ernährungssicherheit und -qualität von Bedeutung sind. Dazu zählen unter anderem Gesundheitsversorgung, Impfungen, Unterstützung für Menschen mit Behinderungen, Rehabilitation, psychosoziale Betreuung, Bildung auf allen Ebenen, Wohnraum, Energieversorgung, sanitäre Einrichtungen, sauberes Trinkwasser, Transport, Kommunikation sowie digitale und physische Infrastruktur; (*universeller Zugang zu Dienstleistungen*)

28. eine evidenzbasierte, verständliche und transparente Aufklärung über Ernährung sowie über ernährungsbedingte Gesundheitsrisiken fördern und

ausbauen, und zwar für alle Verbraucher*innen, mit besonderem Fokus auf die ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen; (*Aufklärung in Ernährungsfragen*)

29. den universellen Zugang zu Sozialschutzprogrammen sichern und fördern sowie entsprechende Investitionen tätigen, um direkt zu Ernährungssicherheit und -qualität beizutragen. Dazu gehört auch, spezifische Hindernisse für den Zugang zu Sozialschutzsystemen zu untersuchen und zu beseitigen sowie die Beteiligung lokaler Akteur*innen und Basisorganisationen an der Entwicklung, Umsetzung und Überwachung der Sozialschutzpolitik und entsprechenden Programmen zu stärken; (*Soziale Sicherung*)

30. den finanzpolitischen Spielraum nutzen, unter anderem durch Maßnahmen wie eine progressive Besteuerung, um grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen Vorrang einzuräumen. Die verfügbaren Ressourcen sollten eingesetzt werden, um auch die am stärksten von Ernährungsunsicherheit und Fehlernährung betroffenen Menschen zu unterstützen und die Ursachen der Ungleichheit zu bekämpfen. (*finanzpolitischer Spielraum*)



© Chris Steele-Perkins/Magnum Photos

POLITIKEMPFEHLUNGEN DES CFS ZUR VERRINGERUNG VON UNGLEICHHEITEN

Handel, Investitionen, Mobilisierung von Ressourcen und Schuldenmanagement im Zusammenhang mit Ernährungssicherheit und -qualität

Regierungen und internationale Organisationen sollten:

31. einen gerechten Ansatz in Landwirtschaft und Ernährungssystemen verfolgen – insbesondere im Hinblick auf Handel, Investitionen und makroökonomische Maßnahmen¹³. Dabei gilt es, die Herausforderungen im Schuldenmanagement in geeigneten Foren anzugehen, vor allem in Ländern, die von Überschuldung betroffen oder bedroht sind, darunter auch Entwicklungsländer, die Nettoimporteure von Nahrungsmitteln sind. Gleichzeitig müssen Ungleichheiten in Bezug auf Chancen, Wohlstand und Entscheidungsbefugnisse abgebaut werden, um die Agenda 2030 wirksam umzusetzen; (*Gerechtigkeit in Handel, Investitionen und makroökonomischen Maßnahmen*)

32. die Transparenz und inklusive Beteiligung aller relevanten Interessengruppen an den Diskussionen und der Umsetzung

multilateraler Handels- und Investitionsabkommen fördern, insbesondere der ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen. Ziel ist es, durch nachhaltige Ernährungssysteme eine nachhaltige Landwirtschaft und die verantwortungsvolle Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen den Zugang zu gesunder Ernährung zu stärken; (*Transparenz*)

33. das regelbasierte, nichtdiskriminierende, offene, faire, inklusive, gerechte und transparente multilaterale Handelssystem stärken, dessen Kern die Welthandelsorganisation bildet; (*regelbasierter multilateraler Handel*)

34. die Auswirkungen einer nicht tragbaren Staatsverschuldung aus allen Quellen auf Ernährungssicherheit und -qualität bewerten und Entwicklungsländer dabei unterstützen, ein langfristig tragbares Schuldenniveau zu erreichen. Dies erfordert solides Schuldenmanagement sowie koordinierte Maßnahmen, die – je nach Einzelfall – Fremdfinanzierung, Schuldenerlass, Umschuldung, Schuldenswaps und die Mobilisierung inländischer Ressourcen fördern. Ziel ist es, die Fähigkeit der Länder zur

Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)¹⁴ zu stärken, insbesondere im Hinblick auf SDG 10. (*Schuldenmanagement*)

Regierungen und alle relevanten Beteiligten sollten:

35. die Anstrengungen zur Überwachung und Eindämmung der Marktkonzentration auf allen Ebenen fortsetzen – insbesondere im Hinblick auf große Unternehmen. Dazu gehört, die Transparenz bezüglich internationaler Agrarmarktstrukturen und Machtungleichgewichte zu verbessern sowie die Diversifizierung und den Wettbewerb in Landwirtschaft und Ernährungssystemen zu fördern; (*Marktkonzentration in der Landwirtschaft und den Ernährungssystemen*)

Regierungen sollten:

36. die Agrarpolitik weiterentwickeln und – wo nötig – neu ausrichten, um bessere Ergebnisse für die Menschen zu erzielen, insbesondere für einkommensschwache und ressourcenarme Produzent*innen. Ziel ist es, Lebensgrundlagen, Klima, biologische Vielfalt, Ernährungssicherheit und -qualität zu stärken.

- 13 **CFS Voluntary Guidelines on Food Systems and Nutrition** (dt.: Freiwillige Leitlinien zu Ernährungssystemen für eine bessere Ernährung), Abs. 56.
- 14 A/RES/78/137, Dezember 2023, insbesondere Abs. 26.





© Pep Bonet/NOOR for FAO

Dies kann unter anderem durch agrarökologische und andere innovative Ansätze, gute landwirtschaftliche Praktiken sowie wissenschaftlich fundierte und evidenzbasierte Lösungen erreicht werden. Dabei gilt es, positive Wirkungen zu verstärken, mögliche Zielkonflikte zu mindern und die jeweiligen nationalen Kontexte, Bedürfnisse, Kapazitäten und Entwicklungsstände zu berücksichtigen. (Agrarpolitik)

C BEKÄMPFUNG SOZIALER, POLITI- SCHER UND ANDERER URSACHEN VON UNGLEICHHEITEN

Systemische Ursachen von Ungleichheit

Regierungen sollten:

37. die systemischen Ursachen von Ungleichheiten durch gezielte politische Maßnahmen bekämpfen, insbesondere wenn sie vielschichtig sind und sich gegenseitig verstärken. Dazu gehört, die Handlungsmacht, sinnvolle Beteiligung, Teilhabe und Vertretung der von Ungleichheiten betroffenen Menschen zu stärken, um die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit zu unterstützen. (*Teilhabe und Vertretung*)

Regierungen und internationale Organisationen sollten:

38. die politische Kohärenz und Koordinierung auf allen Ebenen und in allen Sektoren stärken, wie etwa in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei, Forstwirtschaft, Wasser- und Sanitärversorgung, Umwelt,

Gesundheit, Wirtschaft, Finanzen, Handel, Arbeit und Sozialschutz.

Dies kann durch die Förderung interministerieller sowie lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Plattformen für Ernährungssicherheit und -qualität erreicht werden, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Abbau von Ungleichheiten. (*multisektoraler Ansatz*)

Regierungen und alle relevanten Beteiligten sollten:

39. Interessenkonflikte – auch in Forschung und Beratung – identifizieren und wirksam beilegen, indem sie Schutzmaßnahmen, Richtlinien und Vorschriften entwickeln und stärken. Diese sollen Machtungleichgewichte in Landwirtschaft und Ernährungssystemen abbauen und zugleich dem öffentlichen Interesse, der Transparenz und partizipativen Entscheidungsprozessen Vorrang einräumen; (*Interessenkonflikte*)

40. verantwortungsbewusste und nachhaltige Investitionen¹⁵ aus allen Quellen ausbauen, unter anderem durch vielfältige Finanzierungsmechanismen, um eine Transformation hin zu gerechten Ernährungssystemen zu unterstützen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Entwicklungsländer gelegt werden, einschließlich der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs), der



POLITIKEMPFEHLUNGEN DES CFS ZUR VERRINGERUNG VON UNGLEICHHEITEN

kleinen Inselentwicklungsländer (SIDS) und der Binnenentwicklungs länder (LLDCs); (nachhaltige Finanzierung)

41. den Austausch von Wissen, bewährten Praktiken und Technologien fördern, und zwar auf freiwilliger und einvernehmlicher Basis sowie auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene, unter anderem durch Mechanismen wie Nord-Süd-, Süd-Süd- und Dreieckskooperationen; (Wissenstransfer)

42. Möglichkeiten finanzieller und technischer Unterstützung ausbauen – etwa für den Aufbau statistischer Kapazitäten und den Technologietransfer auf freiwilliger und einvernehmlicher Basis. Dies kann durch innovative Rahmenwerke wie Süd-Süd- und Dreieckskooperation erfolgen, um die Fähigkeiten der Regierungen zu stärken, verantwortungsvolle Investitionen in Ernährungssicherheit und -qualität zu tätigen; (finanzielle und technische Unterstützung für die Zusammenarbeit)

43. die strukturellen Ursachen der Geschlechterungleichheit bekämpfen, einschließlich diskriminierender Gesetze, politischer Richtlinien, sozialer Normen und Einstellungen, Konfliktsituationen, schädlicher

traditioneller Praktiken und Geschlechterstereotype, um die Rechte von Frauen und Mädchen zu verwirklichen, insbesondere das Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich des Rechts auf angemessene Nahrung. Dazu ist ein koordinierter und integrierter politischer Ansatz erforderlich, der die vielfältigen und sich wechselseitig verstärkenden Dimensionen von Diskriminierung von Frauen und Mädchen berücksichtigt. Geschlechtergerechte Politiken und Programme sollen in allen Bereichen sowie in Sozialschutzprogrammen umgesetzt werden, mit dem Ziel, geschlechtsspezifische Gewalt sowie sexuelle Ausbeutung, Missbrauch und Belästigung zu verhindern und systematisch zu erfassen und zu mindern; (politische Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter)

44. die strukturellen Ursachen von ethnisch und rassistisch motivierter Diskriminierung und Ungleichheiten bekämpfen, darunter diskriminierende Gesetze, politische Richtlinien, soziale und kulturelle Normen, Einstellungen, rassistische und ethnische Stereotype, benachteiligende kulturelle Praktiken, Rassismus und rassistischer Diskriminierung in all ihren Formen. Ziel ist es, gleiche Rechte und Würde für

alle zu erreichen. Dies erfordert wirksame Maßnahmen zur Überarbeitung staatlicher und anderer öffentlicher Maßnahmen und zur Aufhebung von Gesetzen und Vorschriften, die rassistische Diskriminierung schaffen und aufrechterhalten, wo immer sie noch besteht¹⁶; (Maßnahmen zur Bekämpfung ethnisch und rassistisch motivierter Diskriminierung)

45. Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen fördern, einschließlich Sozialschutzprogrammen für Einkommenssicherheit, Gesundheit und Ernährung. Darüber hinaus sollten sie den Zugang zu angemessenen, erschwinglichen, gesunden, nahrhaften und kulturell geeigneten Lebensmitteln erleichtern. Dabei sollten die sinnvolle Beteiligung von Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und älteren Menschen an der Entwicklung und Umsetzung dieser Maßnahmen gewährleistet und ihr Recht auf selbstbestimmte Entscheidungen über Leben, Pflege und Behandlung¹⁷ respektiert werden; (Rechte von Menschen mit Behinderungen)

Regierungen sollten:

46. den Zugang zu menschenwürdiger Arbeit und

■ 16 Durban Declaration and Programme of Action

■ 17 A/RES/61/106 Convention on the Rights of Persons with Disabilities.





existenzsichernden Einkommen für alle Beschäftigten in Landwirtschaft und Ernährungssystemen fördern, mit besonderem Augenmerk auf jungen Menschen und Saisonarbeitskräften. Dies erfordert die Stärkung und konsequente Durchsetzung von Rechtsrahmen und Gesetzen, die Löhne sicherstellen, die einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen; (*menschenwürdige Arbeit*)

47. die Arbeitsrechte achten, fördern und verwirklichen während gleichzeitig Verstöße – insbesondere im Zusammenhang mit Zwangs- und Kinderarbeit¹⁸, ungleichen Arbeitsbedingungen und Löhnen – verhindert werden. Zudem sollen die Systeme der Arbeitsaufsicht, vor allem in Berufen in der Landwirtschaft und den Ernährungssystemen, gestärkt werden; (*Arbeitsrechte*)

48. Maßnahmen entwickeln, stärken und umsetzen, die darauf abzielen, die ungleiche Verteilung von unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit zu überwinden, die vorwiegend von Frauen und Mädchen übernommen wird. Dazu gehören insbesondere Strategien zur besseren

Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit, wie etwa flexible Arbeitsregelungen, Mutterschutz, bezahlte Elternzeit, Sozialschutzprogramme sowie der Ausbau zugänglicher, erschwinglicher, inklusiver und hochwertiger sozialer Dienstleistungen und Betreuungssysteme, einschließlich Kinderbetreuung; (*Geschlechterungleichheiten*)

Klimatische, ökologische, politische und wirtschaftliche Krisen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Ernährungssicherheit und -qualität

Regierungen und alle relevanten Beteiligten sollten:

49. Bevölkerungsgruppen unterstützen, deren Lebensgrundlagen und Sicherheit durch Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt, BodenDegradation, Naturkatastrophen, Konflikte, Besatzung, Schocks und (langandauernde) Krisen gefährdet sind.¹⁹ Dies erfordert gezielte politische Maßnahmen und eine angemessene Ressourcenzuweisung, etwa durch den Ausbau von Fähigkeiten, die Anerkennung des Wissens und der Praktiken traditioneller und indigener Völker²⁰

sowie lokaler Gemeinschaften und Praktiken, die Erhöhung, Anpassung und Diversifizierung von Einkommensquellen sowie die Verbesserung des Zugangs zu Frühwarnsystemen, vorausschauenden Maßnahmen und Dienstleistungen zum Klimarisikomanagement; (*Schutz und Sicherung der Lebensgrundlagen gefährdeten Gemeinschaften*)

50. die sichere und wirksame Beteiligung sowie die Vertretung derjenigen fördern, die am stärksten von Klimaschocks betroffen sind, und ihre Mitwirkung an Entscheidungsprozessen im Bereich Klimaschutz auf allen Ebenen sicherstellen; (*Beteiligung am Klimaschutz*)

51. Ernährungsunsicherheit und alle Formen von Fehlernährung bekämpfen – auch in humanitären Notfällen, Konflikten (einschließlich bewaffneter Konflikte), Naturkatastrophen, Krisen¹² und Besetzungen – durch die Förderung kohärenter und gut koordinierter humanitärer Hilfs- und Entwicklungsprogramme²¹, etwa zum Aufbau von Resilienz. Gleichzeitig sollen die Bemühungen zur Förderung von Entwicklung²² sowie zur Einhaltung

■ 18 Unter Berücksichtigung der Leitlinien der IAO zur Förderung menschenwürdiger Arbeit im Agrar- und Lebensmittel sektor.

■ 19 **CFS Framework for Action for Food Security and Nutrition in Protracted Crises (FFA)**

■ 20 Siehe Bestimmungen der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP, **UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples**), soweit diese Instrumente relevant und anwendbar sind und soweit sie von den jeweiligen Mitgliedstaaten vereinbart, anerkannt und/oder unterstützt wurden.

■ 21 Siehe **A/RES/46/182 "Strengthening of the Coordination of Humanitarian emergency assistance of the United Nations"**.

■ 22 Siehe zum Beispiel **A/RES/76/163 "The Right to Development"**.



POLITIKEMPFEHLUNGEN DES CFS ZUR VERRINGERUNG VON UNGLEICHHEITEN

nationaler und internationaler Menschenrechtsverpflichtungen, insbesondere der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung, und des humanitären Völkerrechts fortgeführt werden; (*Zusammenhang zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden, HDP-Nexus*)

52. verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzierungsmechanismen fördern, die den Wandel hin zu gerechteren, nachhaltigeren, inklusiveren und widerstandsfähigeren Ernährungssystemen unterstützen – mit dem Ziel, die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung im Kontext der nationalen Ernährungssicherheit zu erreichen; (*Finanzierung der Transformation von Ernährungssystemen*)

D STÄRKUNG VON DATEN- UND WISSENS-SYSTEMEN – FÜR EIN BESSERES VERSTÄNDNIS UND EINE BESSERE ÜBERWACHUNG VON UNGLEICHHEITEN IN BEREICHEN, DIE FÜR DIE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND -QUALITÄT RELEVANT SIND

Erhebung, Analyse und Nutzung von Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität

Regierungen, internationale Organisationen und alle relevanten Beteiligten sollten:

53. den Kapazitätsaufbau für die Erhebung, Analyse und Nutzung von Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität in Regionen priorisieren, in denen bislang nur wenige relevante Informationen zur Ernährungssicherheit und

-qualität vorliegen. Dies umfasst auch die Einbindung lokaler Universitäten und Forschungseinrichtungen, wobei die Vielfalt der angewandten Methoden der Datenerstellenden zu berücksichtigen ist²³. Der Schwerpunkt sollte dabei auf Ländern liegen, die über begrenzte Ressourcen, Infrastrukturen, Datenkompetenz und Fähigkeiten verfügen, um eine inklusive Entscheidungsfindung im Bereich Ernährungssicherheit und -qualität²⁴ zu ermöglichen; (*Kapazitätsaufbau im Bereich Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität*)

54. Datenlücken – einschließlich qualitativer und disaggregierter Daten – durch Investitionen in die Erhebung, Analyse und Nutzung²⁵ von Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität identifizieren und schließen. Ziel ist es, Strukturen und Trends zu erkennen und zu überwachen, die Ungleichheiten verursachen oder verstärken, sowie zu bewerten, welche Gruppen in unterschiedlichen Kontexten die schlechtesten Ergebnisse im Bereich

- 23 **CFS Policy Recommendations on Strengthening Collection and Use of FSN Data and related Analysis Tools to Improve Decision Making in support of the Progressive Realization of the Right to Adequate Food in the Context of Food of National Food Security**, Abs. 5.
- 24 **CFS Policy Recommendations on Strengthening Collection and Use of FSN Data and related Analysis Tools to Improve Decision Making in support of the Progressive Realization of the Right to Adequate Food in the Context of Food of National Food Security**, Empfehlung 3 h.
- 25 Unter Berücksichtigung von Abs. 5 der Politikempfehlungen des Welternährungsausschusses (CFS) zur Verbesserung der Erhebung und Nutzung von Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität und damit verbundenen Analyseinstrumenten zur Verbesserung der Entscheidungsfindung im Hinblick auf die schrittweise Verwirklichung des Nahrungsrechts im Kontext der nationalen Ernährungssicherheit, siehe: **CFS Policy Recommendations on Strengthening Collection and Use of FSN Data and related Analysis Tools to Improve Decision Making in support of the Progressive Realization of the Right to Adequate Food in the Context of Food of National Food Security**





Ernährungssicherheit und -qualität aufweisen. Dabei sollte den ärmsten, am stärksten benachteiligten und abgelegensten Regionen besondere Aufmerksamkeit gelten, um partizipative und inklusive politische Entscheidungen im Bereich Ernährungssicherheit und -qualität zu ermöglichen und Ungleichheiten in den Ernährungssystemen abzubauen; (*Schließung von Lücken bei Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität*)

Regierungen und internationale Organisationen sollten:

55. Daten sammeln und austauschen, um Markttrends in Landwirtschaft und Ernährungssystemen – einschließlich der Marktkonzentration – zu beobachten. Auf dieser Grundlage sollten politische Maßnahmen entwickelt werden, die darauf abzielen, Marktkonzentration sowie damit verbundene Ungleichheiten zu bekämpfen und künftig zu verhindern; (*Marktdaten*)

56. innovative und inklusive Governance-Rahmenbedingungen für Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität fördern, die das richtige Verhältnis von Zugang, Weitergabe, Schutz,

Privatsphäre und Sicherheit herstellen. Ziel ist dabei, Vertrauen²⁶ zu schaffen und gleichzeitig einen gerechten Zugang zu den Vorteilen der Datennutzung zu ermöglichen; (*Daten-Governance im Bereich Ernährungssicherheit und -qualität*)

Forschung in Bezug auf Ernährungssicherheit und -qualität

Regierungen und alle relevanten Beteiligten sollten:

57. verantwortungsbewusste Investitionen in Forschung und Wissen über Landwirtschaft und Ernährungssysteme erhöhen. Dazu gehört die Harmonisierung statistischer Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität, die Standardisierung von zugehörigen Datenerhebungs- und Analysemethoden sowie Messgrößen und Indikatoren, um eine weltweit einheitliche Berichterstattung zu ermöglichen. Gleichzeitig sollten vielfältige und sich wechselseitig verstärkende Dimensionen von Ungleichheiten in allen Forschungsaspekten berücksichtigt werden; (*Forschungsinvestitionen*)

58. die Entwicklung und Nutzung von Forschungsarbeiten

fördern, die sich auf die systemischen und unmittelbaren Ursachen von Ungleichheiten im Bereich Ernährungssicherheit und -qualität konzentrieren. Dabei sollte besonderes Augenmerk auf Forschung in und von Entwicklungsländern gelegt werden, einschließlich qualitativer und partizipativer Ansätze. Lokale Universitäten, zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Wissenseinrichtungen sollten dabei einbezogen werden, wobei das Wissen von Bäuer*innen, Familienbetrieben, Kleinbäuer*innen sowie handwerklichen und kleinen Lebensmittelproduzent*innen zu berücksichtigen und der Schutz ihres traditionellen Wissens, ihrer Innovationen und Praktiken zu gewährleisten ist; (*vielfältiges Wissen*)

■ 26 Politikempfehlungen des Welternährungsausschusses (CFS) zur Verbesserung der Erhebung und Nutzung von Daten zu Ernährungssicherheit und -qualität und damit verbundenen Analyseinstrumenten zur Verbesserung der Entscheidungsfindung im Hinblick auf die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung im Kontext der nationalen Ernährungssicherheit, siehe: **CFS Policy Recommendations on Strengthening Collection and Use of FSN Data and related Analysis Tools to Improve Decision Making in support of the Progressive Realization of the Right to Adequate Food in the Context of Food of National Food Security**, Abs. 11.

ERFAHRE MEHR



POLITIKEMPEHLUNGEN DES CFS ZUR VERRINGERUNG VON UNGLEICHHEITEN FÜR ERNÄH- RUNGSSICHERHEIT UND ERNÄHRUNGSQUALITÄT

CFS ist die wichtigste inklusive internationale und zwischenstaatliche Plattform, auf der alle beteiligten Akteure koordiniert zusammenarbeiten können, um Ernährungssicherheit und Ernährungsqualität für alle zu gewährleisten.



fao.org/cfs

cfs@fao.org



Diese Politikempfehlungen sind Teil der Globalen Strategischen Rahmens für Ernährungssicherheit und Ernährungsqualität des CFS (CFS Global Strategic Framework for Food Security and Nutrition (GSF)). Die hier vorliegende Übersetzung der Politikempfehlungen aus dem englischen Original ins Deutsche wurde vom Deutschen Institut für Menschenrechte in Auftrag gegeben.